



Bildergalerie 2013

■ Kick-Off-Veranstaltung „Fit für die Zukunft – Prävention in der Metropolregion Rhein-Neckar“



Herr Prof. Dr. med. Dr. h.c. mult. Harald zur Hausen, Nobelpreisträger für Medizin, Professor emeritus, Deutsches Krebsforschungszentrum (DKfZ) im Gespräch mit Herrn Prof. Dr. iur. Heinrich Hanika zur Gesundheitspolitik und den Rechtsgrundlagen der Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland, Europa sowie Australien. Herr Harald zur Hausen ist 2008 mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet worden.

Zur Hausen, der langjährige Vorstandsvorsitzende des Deutschen Krebsforschungszentrums, erkannte, dass Gebärmutterhalskrebs durch Virusinfektionen ausgelöst wird. Seine Forschung hat es ermöglicht, einen Impfstoff gegen eine der häufigsten Krebserkrankung bei Frauen zu entwickeln. Die HPV-Impfung stellt den Meilenstein der Krebsprävention dar.



(Bild unten – v.l.n.r.) Herr Albrecht Hornbach, Vorstandsvorsitzender des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar und Vorstandsvorsitzender der HORNBAACH-HOLDING AG;

Herr Prof. Dr. Heinrich Hanika; Frau Dr. Gesa Schönberger, Geschäftsführerin der Dr. Rainer Wild-Stiftung;

Herr Prof. Dr. med. Jürgen F. Riemann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung LebensBlicke, ehem. Direktor der Medizinischen Klinik C, Klinikum Ludwigshafen;

Herr Prof. Dr. med. Dr. h.c. mult. Harald zur Hausen, Nobelpreisträger für Medizin;

Frau Christina Rode-Schubert, Exec. MBA, Gesundheitsnetz Rhein-Neckar-Dreieck e.V. sowie Sales and Account Management Germany, Austria and Switzerland, Robert-Bosch-Healthcare GmbH anlässlich der Initiative „Prävention in der Metropolregion Rhein-Neckar“ zum Kick-Off in Ludwigshafen mit den Teilprojekten: „Die HPV-Impfung zum Schutz vor Gebärmutterhalskrebs“ sowie „Bewusste Ernährung im Vorschulalter“.

Mitglieder und Botschafter der Initiative „Prävention in der Metropolregion Rhein-Neckar“:

Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Frankenberg, Vorstandsvorsitzender der Heinrich- Vetter-Stiftung, ehem. Baden-Württembergischer Wissenschaftsminister;

Dr. Markus Gomer, Leiter der Abteilung Sport- und Gesundheitsförderung, BASF SE;

Prof. Dr. med. Dr. h.c. mult. Harald zur Hausen, Nobelpreisträger für Medizin, Professor emeritus, Deutsches Krebsforschungszentrum;

Dr. med. Claus Köster, Präsident Gesundheitsnetz Rhein-Neckar-Dreieck e.V.;

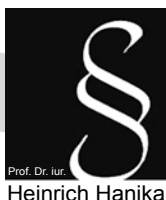
Dr. h.c. Manfred Lautenschläger, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der MLP AG;

Wolf Rainer Lowack, Geschäftsführer der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH und Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V.;

Prof. Dr. med. Jürgen F. Riemann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung LebensBlicke, ehem. Direktor der Medizinischen Klinik C, Klinikum Ludwigshafen;

Christina Rode-Schubert, Exec. MBA, Gesundheitsnetz Rhein-Neckar-Dreieck e.V., Sales and Account Management Germany, Austria and Switzerland, Robert-Bosch-Healthcare GmbH;

Prof. Dr. med. Bodo Schertel, Vorstandsmitglied, 1000 Leben retten e.V.





Bildergalerie 2013

■ Gesundheitsnetz Rhein-Neckar-Dreieck e.V. (GN-RND), Mannheim



(V.l.n.r.) Herr Prof. Dr. Heinrich Hanika, Präsident des GN-RND von 2002 bis 2008, heute Past-Präsident; Herr Dr. Hans Joachim Bremme, (Gründungs-)Präsident des GN-RND von 1998 bis 2002, heute Ehrenpräsident; Herr Dr. Claus Köster, Präsident des GN-RND von 2008 bis dato, anlässlich der Versammlung zu 15 Jahre Gesundheitsnetz Rhein-Neckar-Dreieck.

■ Europäische Kommission Gemeinsames Forschungsstelle (GFS) / Joint Research Centre (JRC)

Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) ist eine der Generaldirektionen (Directorate General) der Europäischen Kommission. Sie ist dem Kommissar für Wissenschaft und Forschung zugeordnet. Die GFS beschäftigt rund 2890 Menschen, von überall in der EU, die ihre Fähigkeiten und Talente einbringen, um auf wissenschaftliche Fragen Antworten zu geben. Es existiert eine Politik der Gewinnung hervorragender Wissenschaftler. Darüber hinaus arbeitet die GFS mit über 1.000 verschiedenen Forschungs- und anderen Organisationen zusammen, um ihre Ziele zu erreichen.

Die GFS bietet der EU-Politik unabhängige, evidenzbasierte wissenschaftliche und technische Unterstützung während der gesamten Politikzyklen. In enger Zusammenarbeit mit der

Politik der Generaldirektionen, befasst sich die GFS mit wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie die Förderung von Innovationen durch die Entwicklung neuer Methoden, Werkzeuge und Standards und erarbeitet sein Know-how mit den Mitgliedstaaten, der wissenschaftlichen Gemeinschaft und internationalen Partnern. Die GFS hat eine breite Palette von Laboratorien und stellt einzigartige Forschungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Sie machen sie zu einem wertvollen Partner in vielen Forschungsfeldern. Durch zahlreiche Kooperationen ist der Zugang zu vielen Einrichtungen der Wissenschaftler von Partnerorganisationen gewährt. Die GFS verfügt über ein Jahresbudget von rund 330.000.000 €.



Herr Dr. Christian Boehler, Ph.D. (I.), Research Fellow am Institute for Prospective Technological Studies (IPTS), Seville – Spain, Teil des Gemeinsames Forschungszentrums der Europäische Kommission (GFS) im Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Heinrich Hanika zu den Themen: Europäischen Innovationspartnerschaft für Aktives und Gesundes Altern (EIP for AHA) sowie E-Health, Telemedizin und Telediagnostik der Metropolregion Rhein-Neckar.





Bildergalerie 2013

■ Die Finanzierung des Gesundheitswesens vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung



Prof. Dr. Heinrich Hanika mit Prof. Dr. Eberhard Wille (r.), Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Universität Mannheim sowie u.a. stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen in Diskussionen zu den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Finanzierung des Gesundheitswesens.

Es wurde von Professor Wille zu den Herausforderungen der Zukunft, v.a. für die hausärztliche und stationäre Versorgung vorgebracht und eruiert, wie schwierig es sein wird, insbesondere in strukturschwachen Regionen eine flächendeckende, hochwertige Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten.

■ Universitätsklinikum Erlangen Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe Verein zur Förderung und Unterstützung der Krankenpflege am Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg

(Nachfolgendes Bild – v.l.n.r.) Herr Momme Edlefsen, Vorsitzender des Vereins zur Förderung und Unterstützung der Krankenpflege am Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg, Herr

Reiner Schröder, Pflegedirektor des Universitätsklinikums Erlangen, Frau Irene Hößl, Vorsitzende der Landesgruppe Bayern des Bundesverbandes Pflegemanagement und Herr Prof. Dr. Heinrich Hanika anlässlich der Tagung PFLEGEKAMMERN IN BAYERN, DEUTSCHLAND und EUROPA in Gesprächen zur potenziellen Etablierung einer Pflegekammer in Bayern, Selbstverwaltungsaufgaben, Selbststatt Fremdbestimmung der Pflege sowie zur Partizipation der Pflege an demokratischen und freiheitssichernden Rechten.



PRESSEMITTEILUNG

Auf Einladung der Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe des Universitätsklinikums Erlangen sowie des Vereins zur Förderung und Unterstützung der Krankenpflege am Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg referiert Herr Professor Dr. iur. Heinrich Hanika am 13. Juni 2013 im Hörsaal-Zentrum-Medizin zum Thema PFLEGEKAMMERN IN BAYERN, DEUTSCHLAND und EUROPA

Herr Professor Hanika forscht und lehrt an den Universitäten in Berlin, Budapest und Ludwigshafen und befasst sich seit vielen Jahren mit dem Thema Pflegekammern aus europäischer, verfassungsrechtlicher, landesspezifischer sowie institutioneller Sicht.

Die Ausführungen von Professor Hanika fallen genau in die Zeit einer repräsentativen Befragung unter Pflegenden zur Notwendigkeit einer Pflegekammer in Bayern, die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit veranlasst wurde.

Zur positiven Begründung einer Pflegekammer in Bayern wird von Hanika ausführlich darüber berichtet, dass

– Pflegekammern in Europa eine europaweite Selbstverständlichkeit darstellen,



Prof. Dr. iur.
Heinrich Hanika



Bildergalerie 2013

- die Bayerische Pflegekammer Garant der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung ist,
- eine Pflegekammer die demokratische Teilhabe der Pflegenden in Bayern sicherstellt und
- Pflegekammern freiheitssichernd, legitim sowie zeitgemäß sind.

Insbesondere legt Professor Hanika die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen und bedeutenden Versorgungsanforderungen dar, die auf die Pflege zukommen. Hierzu werden anschaulich die Aufgaben, Kompetenzen und Zwecke einer Bayerischen Pflegekammer dargestellt.

Pflegekammern schließen eine Lücke in der Architektur der Verwaltungsorganisation im Gesundheitswesen. Hierbei geht es um

- Selbstverwaltung des Berufsstandes der Pflegenden,
- Förderung der Identifizierung der Kammermitglieder im und für den Beruf, d.h. Attraktivitätssteigerung, um dem Pflegenotstand entgegenzuwirken,
- Leistungsdarstellung der Pflegeberufe in unserer Gesellschaft
- Anlaufstelle für die BürgerInnen sowie
- Kooperationen mit anderen nationalen und internationalen Institutionen

Demzufolge wird von Hanika auch aufgezeigt, dass die Bayerische Pflegekammer für die Bevölkerung erforderlich ist, weil

- sie ein Garant der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung ist,
- sie das Gemeinwohl im Blick hat und die Qualität der pflegerischen Versorgung sichert,
- sie zu einem effizienterem Ressourceneinsatz durch höhere Transparenz und Verlässlichkeit führt und
- sie als Beratungs- und Informationsstelle für die Bürgerinnen und Bürger einen Beitrag zum Verbraucherschutz leistet.

Desweiteren ist die Bayerische Pflegekammer laut Hanika für Politik, öffentliche und private Einrichtungen notwendig, weil

- sie die beruflichen Interessen ihrer Mitglieder bündelt,
- die Pflegekammer Ansprechpartner für alle Belange der Pflege ist,
- sie kompetente Beratung im politischen Entscheidungsprozess bietet,

- sie die ordnungsgemäße Berufsausübung der Kammermitglieder im Allgemeininteresse gewährleistet und
- sie die Berufsangehörigen in einem Register erfasst und somit die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation in der Pflege besser eingeschätzt werden kann.

Die Bayerische Pflegekammer ist nach Hanika gerade auch für die Pflegenden von Vorteil, weil:

- sie gemeinwohlorientiert die Interessen der Pflegenden gegenüber der Öffentlichkeit vertritt,
- die formelle Gleichstellung, z.B. mit der ärztlichen Standesvertretung die Pflegenden in der Gesellschaft aufwertet und stärkt,
- die Pflegekammer ein Kompetenz- und Servicezentrum darstellt, welches den Mitgliedern bei beruflichen Fragen beratend zu Seite steht,
- die demokratische Willensbildung der Pflegenden ausgeweitet wird und
- sie Selbst- statt Fremdbestimmung für die Pflege sichert.

Im Ergebnis fordert Hanika das Herzblut der Pflegenden ein. Sie sollen engagiert sein, nicht bequem sein und zum Wohle der Bevölkerung ihre Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten entdecken.

Hanika fordert die Pflegekräfte auf, sich berufspolitisch für ihre Bayerische Pflegekammer zu engagieren und appelliert hierzu:

„Jede Frau und jeder Mann kann gute Gründe für den Satz finden: Ja, ich will die Pflegekammer!“

■ Schengen – Der Weg zur Freizügigkeit in Europa

„Die Freizügigkeit im Schengen-Raum ist ein Recht, das nicht nur über 500 Millionen europäische Bürger genießen, sondern auch alle Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig im Schengen-Raum aufhalten. Nicht-EU-Bürger, die im Schengen-Raum ansässig sind, genießen dieses Recht ohne Visumpflicht, solange ihre Aufenthaltserlaubnis gültig ist. Nicht-EU-Bürger, die im Schengen-Raum reisen, können sich innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten während maximal 90 Tagen dort frei bewegen.

Freizügigkeit bedeutet: keine Wartezeiten an Flughäfen, See- oder Landgrenzen und keine Passkontrollen mehr. Kontrolleinrichtungen wie Grenzstationen und andere physische Barrieren wurden abgebaut.

Jedes teilnehmende Land hat jedoch das Recht, innerhalb seines Hoheitsgebiets Personen- und Zollkontrollen im Rahmen der normalen Arbeit der Polizei-, Zoll- und Einwanderungsbehörden vorzunehmen. Beispiele dafür reichen von Straßenverkehrskontrollen bis zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.



Prof. Dr. iur.
Heinrich Hanika



Bildergalerie 2013

Die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen hat auch Auswirkungen auf andere Politikbereiche, wie Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, grenzüberschreitender Reiseverkehr, grenzüberschreitender Handel und grenzüberschreitende Justiz. Daher sind die Vorschriften über den Schengen-Raum nicht nur für die Freizügigkeit der Personen von Bedeutung, sondern auch für Visum- und Asylpolitik und die Zusammenarbeit von Polizei-, Zoll- und Justizbehörden.“

Quelle: <http://www.nuernberg.de/imperia/md/europa/dokumente/infoservice/2011/schengen.pdf>



Beispielhafte Gegenüberstellung der Bundesrepublik Deutschland (gehört seit 1995 dem Schengen-Raum an) sowie Ungarn (gehört seit 2008 dem Schengen-Raum an); Photos: Hanika© aus dem „Centre Européen Schengen“

■ Hamburger Pflegerat

10. Fachtagung in der ALBERTINEN-AKADEMIE im Albertinen-Haus, Hamburg

In der Einladung und Begrüßung stellte Frau Christiane Kallenbach, Vorsitzende des Hamburger Pflegerates folgendes fest:

„Das intensive und geschlossene Engagement der Pflegenden und der Pflegeberufsverbände hat sich gelohnt: Pflegekammern sind in allen Bundesländern ein wichtiges Thema geworden. 2012 wurde im Landtag Schleswig-Holstein beschlossen, die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Pflegekammer zu treffen. Die dafür erforderlichen Mittel wurden in den Landeshaushalt eingestellt.

Und was passiert in Hamburg?

Auf Anfrage unserer Gesundheitssenatorin haben wir, der Hamburger Pflegerat, im letzten Jahr begonnen, Kolleginnen und Kollegen in Hamburg zur Einführung einer Pflegekammer zu befragen. Inzwischen liegen uns mehr als 1.000 Antworten vor. Gut 87% der Befragten sprechen sich ohne wenn und aber für eine Pflegekammer in Hamburg aus. Diese Zahlen ermutigen uns als Interessenvertretung der beruflich Pflegenden in Hamburg. Sie untermauern unser Ziel, dass Hamburg dem Beispiel von Schleswig-Holstein folgen und den Weg zu einer Pflegekammer jetzt ernsthaft beschreiten muss.“

Zur Fachtagung waren folgende Referenten und Referentinnen eingeladen:

Zur Situation der Pflege in Hamburg:

Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg





Bildergalerie 2013



Zur Situation der Pflege in Deutschland aus Sicht des DPR:
Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerates

Zur Fragestellung: Wirrwarr oder Vielfalt?

Die deutsche Perspektive in der Pflegeausbildung: Gertrud
Stöcker, Geschäftsführender Vorstand im DBFK Bundesverband,
Deutscher Bildungsrat für Pflegeberufe



Zum Themenfeld: Was macht Europa? – Die Bedeutung der EU auf
die Ausbildung und Berufsausübung in der Pflege
Dr. Matthias Gruhl, Leiter des Amtes für Gesundheit der Behörde für
Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg



Ärzte
Allg. Krankenpflege (Nurse)
Gesamt 2005/06
- 2010
Gesamt 1997/98
- 2010

Zur Thematik: Pflegekammern in Deutschland und Europa
Prof. Dr. iur. Heinrich Hanika



Im Ergebnis konnte insbesondere dargestellt werden, dass Pflegekammern eine europaweite Selbstverständlichkeit sind, die demokratische Teilhabe der Pflegenden in Deutschland sichern, Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden muss, die Pflegekammern Garant der Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung sind und diese die Selbst- statt Fremdbestimmung der Pflege garantieren.

Pflegekammern inkludieren damit eine subsidiär-staatsentlastende, demokratisch-partizipatorische und zivilgesellschaftlich freiheits-sichernde Funktion pflegerischer Selbstverwaltung.





Bildergalerie 2013

■ MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT, GESUNDHEIT UND DEMOGRAFIE RHEINLAND- PFALZ (MSAGD)



(V.l.n.r.) Herr Dr. Jürgen Faltn, Referatsleiter im MSAGD (Gesundheitsrecht, Telematik im Gesundheitswesen), Frau Prof. emer. Kath. Hochschule Mainz Dr. phil. Edith Kellnhauser, RN, BA, MSED und Herr Prof. Dr. Heinrich Hanika in Mainz anlässlich der Informationsveranstaltung des Ministeriums zur möglichen Errichtung einer Landespflegekammer in Gesprächen zur potenziellen Etablierung einer Pflegekammer, Selbstverwaltungsaufgaben sowie zur Partizipation der Pflege an demokratischen und freiheitssichernden Rechten.

■ Union Européenne des Médecins Spécialistes U.E.M.S

Die Europäische Vereinigung der Fachärzte (Union Européenne des Médecins Spécialistes, U.E.M.S.) ist die älteste europäische Berufsorganisation für Fachärzte in den Ländern der Europäischen Union (EU). Sie repräsentiert 1 Million Fachärzte mit derzeit 36 Spezialgebieten (Sektionen).

Der Grundstein der UEMS wurde bereits 1958 gelegt. Damals trafen sich die Delegierten der Medizinischen Gesellschaften der sechs Mitgliedsstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande) der EU erstmals in Brüssel und gründeten die UEMS.

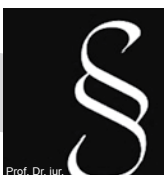
Der Auftrag war den Qualitätsstandard der Fachärzte innerhalb der EU für die Versorgung der Bevölkerung zu harmonisieren. Das bedeutet aber nicht nur sich um die Ausbildung (Weiterbildung, Gleichschaltung und Inhalte der Weiterbildungszeiten) der Fachärzte in den Mitgliedsstaaten zu kümmern. Zur Qualität in der Ausübung des Berufes gehört auch die Ausstattung der Praxen, die Räumlichkeiten, die angemessene Honorierung, (damit hängt auch der Standard der Ausstattung der Praxen zusammen), die Ausübung des Arztberufes als freier Arzt, das Arztrecht, die Qualität der Mitarbeiter, die Fortbildung etc.

Um die anspruchsvollen Ziele zu realisieren, wurden von der U.E.M.S. 1962 Spezialsektionen für jede einzelne Facharzt-Disziplin, wie z.B. der Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, ins Leben gerufen.

Die Herausforderung wurde von den Delegierten (jedes Land hat 2) mit der Erarbeitung einer Reihe von „ tools“ in den letzten 50 Jahren angenommen.

Dazu gehören die Gleichschaltung der Weiterbildungszeiten auf durchschnittliche 5 Jahre, die Ausarbeitung eines verbindlichen Konzeptes für die Weiterbildung in Form des „Log-books“, die CME (Continuing Medical Education) d.h. die verpflichtende ständige berufsbegleitende Fortbildung, CPD (Continuing Professional Development), EACCME (Internationale Accreditierung von CME credits), E-Learning, Festlegung der Minimalausstattung von private offices, Visitation von HNO-Kliniken sowie jüngst die Ausarbeitung eines Log-books für die Sub-Spezialisierung.

Herr Dr. Hans-Werner Mollenhauer ist einer der beiden Vertreter der deutschen HNO-Fachärzte in der U.E.M.S., seit 1999 Chairman für Manpower und Exchange (Arbeitsmarkt/Austausch von Weiterbildungsassistenten europaweit) und wirkt seit 2013 als Co-worker im selben Ressort.





Bildergalerie 2013



Herr Dr. Hans-Werner Mollenhauer (l.) im berufspolitischen und europäischen Meinungsaustausch mit Herrn Prof. Dr. Heinrich Hanika (r.) zu der Harmonisierung der fachärztlichen Versorgung der Bevölkerung und der Weiterbildungszeiten in der EU sowie der europäischen, internationalen Facharztprüfung.

Insbesondere ist es Herrn Dr. Mollenhauer wichtig auszuführen, dass die flächendeckende Versorgung von den Niedergelassenen vollzogen wird und diese in die Lage versetzt werden müssen, die vorgegebene Qualität auch umsetzen zu können. HNO-fachärztliche Versorgung spiele sich lediglich zu ca. 25 % in den Kliniken ab. Deswegen sei die UEMS auch bei den Niedergelassenen angesiedelt.

■ **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz**

Die rheinland-pfälzische Wissenschaftspolitik verbindet eine breite Basisförderung in Forschung und Lehre mit der gezielten Unterstützung zukunftsorientierter und innovativer Forschungsgebiete innerhalb und außerhalb der Hochschulen. Durch die Bündelung von Kompetenzen und die flächendeckende Qualitätssicherung wird die internationale Sichtbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Forschungs- und Hochschullandschaft gestärkt.

Ziel ist ein Wissenschaftssystem, das sein Profil strategisch und eigenverantwortlich, aber auch im Gespräch mit Staat und Gesellschaft definiert, die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt, ökonomisch steuert und den Transfer des Wissens in Gesellschaft und Wirtschaft leistet (<http://www.mbwk.rlp.de/wissenschaft/>).

Anerkennung und Dank der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz, überreicht durch den Präsidenten der Hochschule Ludwigshafen, Herrn Prof. Dr. Peter Mudra (l.) an Herrn Prof. Dr. Heinrich Hanika (r.) für langjährig geleistete Dienste.

